

Feminismus unter Druck – der emanzipatorische Gesellschaftsentwurf zwischen Fortschritt, Rückschritt und neoliberaler Anpassung

Sonja Ablinger / Judith Schwentner / Alexandra Weiss

1. Antifeminismus und Elitenfeminismus

In einem Vortrag zum Internationalen Frauentag 2012 sprach Hildegard Maria Nickel von einer „individualistischen Wende in der Feminismus-Debatte“. Die radikale Individualisierung, die mit dem neoliberalen Projekt einherging, hatte dabei aber selbstverständlich nicht nur Auswirkungen auf das Feld der Geschlechterpolitik, sondern kennzeichnet den Mainstream der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung insgesamt. Die Individualisierung gesellschaftlicher Problemlagen geht mit sich radikalierenden Spaltungsdiskursen einher, die auch Elemente rechtspopulistischer und -radikaler Diskurse aufgreift. Tatsächliche Spaltungen in der Gesellschaft werden mit diesen Diskursen verdeckt oder entannt, Konfliktlinien verlagert und in populistischer Manier bearbeitet. Dies kennzeichnet auch den antifeministischen Diskurs, dessen VertreterInnen in besonders aggressivem Ton gegen Frauen-/Geschlechterpolitik und „den“ Feminismus argumentieren.

Antifeminismus an sich ist dabei kein neues Phänomen, besondere Popularität und Verbreitung erfährt er aber im Kontext tiefgreifender Veränderungen der Produktionsweise, der Arbeitsverhältnisse, der Lebensweisen und der Geschlechterverhältnisse, die dann als „Krise“ der (essentialistisch verstandenen) Männlichkeit verarbeitet werden (siehe auch die Debatten in der österr. Zwischenkriegszeit; z.B. Malleier 2003; Wrussnig 2009).

Der Übergang von einem sozial-staatlichen regulierten hin zu einem neoliberalen Kapitalismus stellt eine solch tiefgreifende Veränderung dar. Es versteht sich, dass dieser gesellschaftliche Wandel Frauen und Männer aufgrund ihrer unterschiedlichen Einbindung in Erwerbsarbeit und Reproduktion in unterschiedlicher Weise trifft. Die damit einhergehenden Veränderungen werden im gegenwärtigen geschlechterpolitischen Diskurs aber so gefasst, als würden sie einseitig oder vor allem Männer betreffen, während Frauen als Gewinnerinnen der Entwicklung gezeichnet werden.

In Österreich wird die Thematisierung der Männlichkeitskrise v.a. ab 2001 durch die Einrichtung einer „Männerpolitischen Grundsatzabteilung“ im Sozialministerium unter der rechts-

konservativen ÖVP-FPÖ-Regierung befördert (Geden 2006, Mayrhofer 2006). Journalistisch wird das Thema verstärkt seit etwa 2008 verhandelt (Weiss 2013). Die Veränderungen struktureller Bedingungen, kommen in der populären Verarbeitung der Männlichkeitskrise kaum zur Sprache. An die Stelle von Gesellschafts- oder Kapitalismuskritik tritt eine Anklage von Feministinnen und ihren ‚Unterwerfungsstrategien‘ gegenüber Männern (allen voran Gender Mainstreaming). Dies ist auch kennzeichnend für die Publikationen der „Männerpolitischen Grundsatzabteilung“ in der Zeit von 2001 bis 2006, in denen kaum Daten über polit-ökonomische Prozesse oder gesellschaftstheoretische Analysen zu finden sind. In erster Linie ging es um individuelle Befindlichkeiten und eine individualpsychologische Sicht auf das Thema (z.B. BMSGK 2003, 2006). Dieser Fokus kennzeichnet die politische als auch die mediale Debatte bis heute.

Herrschaftsmechanismen bleiben unbegriffen

Gesellschaftliche Transformationen ignoriert auch der Eliten-feministische Diskurs, für den z.B. Autorinnen wie Thea Dorn (2007a) oder auch Silvana Koch-Mehrin (2007) stehen. In den Medien und auch von den Autorinnen selbst als *Neuer Feminismus* bezeichnet, geht diese Richtung aber nicht nur gegen eine beinahe schon skurril wirkende Familienideologie einer Eva Hermann[1] vor, sondern grenzt sich auch massiv gegen den ‚alten‘ Feminismus ab, der inhaltlich über weite Strecken ausgedient habe, so etwa Dorn (2007a). Koch-Mehrin formuliert ihre Abgrenzung gegenüber feministischer Politik so: „Der neue Feminismus, den ich meine, kämpft nicht gegen die Herrschaft des Mannes, sondern für die Freiheit der Frau, für die Freiheit, selbst entscheiden zu können“ (2007, 10). Gesellschaftliche Strukturen und Herrschaftsmechanismen bleiben hier unbegriffen. Feminismus ist nicht mehr verbunden mit einem sozialen Kampf und einer politischen Befreiungsbewegung, sondern wird vielmehr zu einer individuell handhabbaren Einstellung. Wichtig ist den Autorinnen auch zu vermitteln, dass sie die Dinge entspannter zu sehen vermögen als ‚verbissene, verbitterte Feministinnen‘. Daran schließt eine Abgrenzung vom oftmals zitierten ‚Opferfeminismus‘ an. Festzuhalten bleibt, dass die Autorinnen für diese ‚historische Aufarbeitung‘ aber um etwa drei Jahrzehnte zu spät kommen (vgl. z.B. Haug 1980 und Thürmer-Rohr 1983). Darin zeigt sich einerseits eine Ignoranz gegenüber frauenpolitischen und feministisch-theoretischen Entwicklungen und andererseits das bloße Zitieren aktueller journalistischer, antifeministischer Diskurse.

Zentrale Momente des ‚neuen‘ oder Eliten-Feminismus sind die Vereinbarkeitsfrage, die Abwehr einer konservativen Familienideologie und Karrierechancen für Frauen. Forderungen oder

vielmehr Appelle richten sich in der Regel nicht an den Staat, als Gestalter von Rahmenbedingungen, sondern an die Frauen selbst, ihre Bereitschaft zur Karriere usw. (z.B. Dorn 2007a, 37). Damit einher geht eine Abkehr vom Sozialstaat, mit seiner Orientierung auf soziale Inklusion und kollektive Interessen (Dölling 2008, 31-33) und dies bedeutet, dass nicht alle Frauen angesprochen werden, sondern nur eine bestimmte Gruppe gut- bzw. hochqualifizierter Frauen. Bedingt werden dabei Versatzstücke feministischer Politik in den neuen Feminismus integriert. Was z.B. einst ‚mit Selbstbewusstsein und Stärke auftreten‘ in der Frauenbewegung hieß, kann dann ohne allzu große Brüche in eine neoliberale Eigenverantwortungslogik übersetzt werden. Aus diesem Fundus bedienen sich auch modernisiert-konservative Geschlechterpolitiken. Ein Wahlslogan wie dieser: „Ich bin so Frau, weil Chancengleichheit das ist, was ich selbst daraus mache“ – verwendet von der ehemaligen Landesrätin für Frauenangelegenheiten im Tiroler Landtagswahlkampf 2008 – beinhaltet vielerlei: ‚starke‘ Frauen sind jene, die selbst Verantwortung übernehmen und keine Forderungen an den Staat richten. Der Begriff der Verantwortung wird hier absurd, weil sie offenbar auch dort zu tragen ist, wo die Einzelne kaum oder gar keinen Einfluss besitzt: in Bezug auf Normen und Zuschreibungen, der Einkommensdiskriminierung, der ganzen Last der unbezahlten Arbeit oder der Gewalttätigkeit nicht nur der Strukturen, sondern auch ganz konkreter Männer. Und schließlich ist die Sequenz „ich bin so Frau“ als Betonung traditioneller Weiblichkeit und als Gegensatz zu Feministinnen zu interpretieren. Der kulturelle Inhalt von Weiblichkeit wird nicht hinterfragt, er wird vielmehr als anthropologische Konstante genommen und nicht als Herrschaftsmechanismus in einer geschlechtshierarchischen Kultur analysiert (vgl. Klaus 2008).

Ent-Thematisierung der Geschlechterhierarchie

Es gibt aber nicht nur ein Bedürfnis nach Distanzierung vom ‚alten‘ Feminismus, sondern auch nach Abwertung, indem antifeministische Klischees bedient werden. So meint Dorn, dass der Feminismus „vom Ruf der Männer hassenden, mehr oder weniger lesbischen, in jedem Fall ‚extremistischen‘ Megären zu befreien“ (Dorn 2007b) sei. Bleibt zu fragen: Was ist die Motivation, sich von lesbischen Frauen zu distanzieren? Ist es notwendig herrschende heterosexistische Normen zu bedienen, damit die eigene ‚Weiblichkeit‘ nicht in Frage gestellt oder angezweifelt wird? Selbst das alte Klischee vom Männerhass hat es bis ins 21. Jahrhundert geschafft. Und: Was ist das ‚Extremistische‘ am Feminismus? Reagiert wird hier offenbar auf das von AntifeministInnen oft vorgebrachte Argument, dass der Feminismus eine „aggressiv-feindselige und herabsetzende Haltung gegenüber Männern aufgrund ihres

Geschlechts“ (Hollstein 2011, 41) transportiere. Zitiert werden zur Untermauerung dieses Arguments v.a. Valerie Solanas' *Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer* von 1971, oder Andrea Dworkin mit ihrem Buch *Pornographie – Männer beherrschen Frauen* von 1981. Allerdings werden die Texte weder einer politischen Strömung zugeordnet oder ihre Bedeutung für die Frauenbewegungen in Europa oder im deutschsprachigen Raum analysiert, noch werden die Schriften historisch situiert. Vielmehr wird mitunter sogar irreführend als Erscheinungsdaten die zweite Hälfte der 1990er Jahre angegeben (Hollstein 2011). Welche Bedeutung diese Werke haben oder einmal hatten, wird nicht gefragt – sie stehen für *den* Feminismus schlechthin.

Greifen kann die Setzung von Männern als Opfer eines ‚überzogenen‘ Feminismus vor dem Hintergrund dessen, was Angelika Wetterer (2003) als widersprüchliche Entwicklungen von Modernisierung und Persistenz der Geschlechterverhältnisse bzw. als „rhetorische Modernisierung“ beschreibt: Kultur- und Strukturzusammenhang haben sich gegeneinander verschoben – wir haben es also mit einer Rhetorik der Gleichheit zu tun, während die Struktur des Geschlechterverhältnisses und die soziale Praxis der Menschen nahezu unverändert bleiben. Kehrseite dessen ist eine Ent-Thematisierung und gleichzeitig eine Reproduktion der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und der Hierarchie der Geschlechterordnung (ebd., 290). In einer Verbindung von Individualisierungs-, Selbstverwirklichungs- und geschlechterpolitischen Gleichheitsdiskurs kann Ungleichheit heute kaum noch als Ergebnis der Geschlechterordnung thematisiert werden, sondern wird als Folge einer individuell und bewusst getroffenen, freien Wahl verstanden (ebd., 297-298). Nun ist dieser Verdeckungszusammenhang nicht neu, er steht aber in neuem Kontext – dem, der neoliberalen „Abwicklung des Feminismus“ (McRobbie 2010). Der Feminismus wurde von seinen (sozial-)kritischen Bestandteilen ‚befreit‘ und konnte so – als ‚neuer‘ oder ‚Elitenfeminismus‘ – in neoliberale Politikkonzepte integriert werden.

2. Rhetorische Modernisierung – Verschleierung der Ungleichheit

Eine Ent-Thematisierung und Reproduktion der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zeigt sich in den unterschiedlichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 auf Männer und Frauen. Diese wurden in den letzten Jahren in der öffentlichen Debatte weitgehend ausgeklammert, die fortlaufende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern war überlagert von einer zunehmend antifeministischen Haltung durch Männerrechtler, „Antifeministen“ oder

männlich hegemonial geprägte, neue und bereits bestehende Parteien. Das manifestiert sich nicht zuletzt darin, dass frauenpolitische Themen in der öffentlichen Diskussion kaum vorkommen oder immer öfter als unwahr und fragwürdig bezeichnet werden. Eindringliches Beispiel dafür ist die Cover-Geschichte der Zeitschrift Profil, wo unter dem Titel „Die Wahrheit über die Ungleichheit“ die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen als „Mythos“ entlarvt werden sollte (Bauer/Treichler 2012) – auch wenn Frauen laut Einkommensbericht des Rechnungshofes im Schnitt nur 60% der durchschnittlichen Männereinkommen erreichen. Schon beim Bruttostundenlohn liegt der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern bei fast 25% (Rechnungshof 2012).

Es erscheint daher als kein Zufall, dass sich frauenpolitische Debatten in den letzten Jahren vorrangig um Fragen der Vereinbarkeit und die Einkommensschere drehten oder Frauenpolitik mit Migrationspolitik verschränkt wurde und „Gewalt gegen Frauen auf Migranten projiziert wird.“ (Kreisky/Löffler 2010, 416) Kreisky und Löffler stellen fest, dass Frauenpolitik zunehmend mit Familienpolitik gleichgesetzt wird: „Frauenpolitik braucht ein klares Profil, um sich wieder aus der einschränkenden Gleichsetzung mit Familienpolitik zu befreien. (...) Fragen der Repräsentation oder selbstbestimmter Lebensführung sind hingegen aus der politischen Wahrnehmung weitgehend verschwunden“ (Kreisky/Löffler 2010, 416)

Spuren der Krise am Arbeitsmarkt

Wenig überrascht daher die landläufige Interpretation der von Familienminister Mitterlehner präsentierten SPECTRA Umfrage „Jugendmonitor 2011“, die dem Thema Familie gewidmet war. Die Aussage von 55 Prozent der befragten Mädchen, Hausfrau sein zu wollen, wenn der/die PartnerIn so viel verdient, dass der Lebensunterhalt gesichert ist, wurde unhinterfragt übernommen. Dass 79 Prozent der Buben und 87 Prozent der Mädchen bejahten, dass "die Männer genauso für die Kindererziehung verantwortlich sind wie die Frauen und immerhin 75 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Buben es gut finden, "wenn beide Elternteile abwechselnd einen Teil der Zeit in Karenz gehen und zu Hause bleiben", wurde in der medialen Diskussion ignoriert (Jugendmonitor 2011). Ähnlich oberflächlich wird die das Thema der Verteilung von bezahlter Arbeit besprochen. Die Krise hat ihre Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Zunächst waren die exportorientierten Industriebranchen, in denen überwiegend Männer beschäftigt sind, von der internationalen Krise stärker betroffen. Durch Kurzarbeit, die zu über 80 Prozent von Männern in Anspruch genommen wird, wurde der Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem bei den Männern, etwas abgebremst. Die weibliche Kurzarbeit heißt

Teilzeit. Bei der Frauen-Teilzeitquote lag Österreich mit 41,2 Prozent im Jahr 2007 – also bereits vor der Krise – im EU-27-Vergleich an fünfter Stelle und damit deutlich über dem EU-27 Schnitt von 31,2 Prozent. Die Krise verschärfte diese Tendenz noch weiter. Die konjunkturelle Schwäche brachte Anfang 2009 einen Beschäftigungszuwachs durch Teilzeit auf Kosten von Vollzeit. Im ersten Quartal 2009 stieg die Teilzeitquote der Frauen laut der Mikrozensus-Erhebung der Statistik Austria auf 43,3 Prozent. Die Krise zwang Frauen verstärkt, auch nicht Existenz sichernde Teilzeitstellen anzunehmen. 2011 lag die Teilzeitquote bei den unselbständig erwerbstätigen Frauen bei 44 Prozent. Die meisten Teilzeitbeschäftigten gibt es im Dienstleistungssektor, während im männlich dominierten Industrie- und Gewerbebereich über 90 Prozent der Beschäftigten Vollzeit arbeiten. Insgesamt sind rund 90 Prozent der Teilzeitbeschäftigten in Österreich Frauen. Fast jede zweite Frau arbeitet demnach derzeit in Teilzeit. Stark gestiegen ist auch die Zahl der geringfügigen Beschäftigten, die zu 70% von Frauen ausgeübt werden. Auch wenn sich der Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung zunehmend erhöht (Zuwachs erwerbstätiger Frauen seit 1994-2012 um 24 Prozentpunkte) so ist vor allem eines zu beobachten: Die Anstieg der Frauenerwerbsquote ist in erster Linie auf den Anstieg von Teilzeitarbeit zurückzuführen ist. Das Volumen der Erwerbsarbeit wurde also nicht erweitert, sondern auf mehr Frauen verteilt.

Als Gründe für Teilzeitbeschäftigung waren bei 38% (320.600) der Frauen, aber nur 3,1% (6.100) der Männer Betreuungspflichten für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene ausschlaggebend. Bei den Männern (24,4% bzw. 48.600) standen dagegen die schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung im Vordergrund (Frauen 7,6% bzw. 64.500). (Statistik Austria Jahr). Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die ILO (International Labour Organisation) betont, dass neben Arbeitslosen auch unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte ein Maßstab für die Arbeitsmarktsituation seien. Darunter sind sowohl Beschäftigte in Kurzarbeit als auch jene Teilzeitbeschäftigte zu verstehen, die keinen Vollzeitarbeitsplatz finden können. Nicht nur eine Vollzeitbeschäftigung, auch ein höheres Stundenausmaß bei der Teilzeitbeschäftigung wird oft gewünscht. Laut einer SORA Umfrage aus dem Jahr 2006 sieht ein Drittel (34%) aller Teilzeitbeschäftigten ihr Beschäftigungsverhältnis als Not- oder Übergangslösung. 28% wünschen sich sofort ein höheres Stundenausmaß. Nur etwa ein Fünftel der Befragten (22%) möchte prinzipiell in Teilzeit bleiben und auch keine Stundenerhöhung. Vor allem jene mit einem geringen Einkommen möchten mehr arbeiten.

Ungleichheiten und vermeintliche Sehnsucht

Was in der politischen Debatte unter dem Stichwort „Wahlfreiheit“ subsumiert wird, spiegelt die Realität der erwerbstätigen Frauen also in keiner Weise wider. Der Begriff wird vielmehr so eingesetzt, dass bestehende Ungleichheit bewusst verschleiert wird. Das verstärkte mediale Interesse am Beruf „Hausfrau“ ist Ausdruck davon. Sie „sind jung, gut ausgebildet und pfeifen so lange auf den Job, solange sie daheim bei ihren Kindern bleiben wollen“, untertitelt die Presse (November 2012) einen Artikel zum Thema. In eine ähnliche Kerbe schlagen Profil („Traumberuf Hausfrau. Jede zweite junge Österreicherin denkt an den Rückzug zu Kindern und Küche“) und Die Zeit („Darf man Hausfrau sein?“, Oktober 2012). Keine Diskussion darüber, woher diese (vermeintliche) Sehnsucht stammen könnte.

Diese Ungleichheiten am Arbeitsmarkt basieren auf einer Politik, die zulässt, dass Väter die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis heute kaum berührt bzw. berühren muss. Während sich der Erwerbsverlauf und die zeitliche Belastung von Müttern mit der Geburt eines Kindes dramatisch ändern, bleiben jene der jungen Väter davon unbeeindruckt. Die Arbeitsteilung vollzieht sich nicht partnerschaftlich zwischen Männern und Frauen, sondern vielmehr zwischen Frauen und Frauen. Ökonomisch schlechter gestellte Frauen aus benachteiligten Regionen wandern großteils als Putzfrauen, Pflegerinnen oder Kindermädchen in die reichen Haushalte der Industrieländer. Die Folgen kennen wir: Eklatante Einkommensunterschiede, Berufsunterbrechungen und Armut, die sich als Altersarmut nochmals verstärkt.

Die Europäische Kommission konstatiert, dass die „anhaltenden geschlechtsspezifischen Diskrepanzen [...], verdeutlichen, wie wichtig es wäre, „die Barrieren für die volle Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen und gegen tief verwurzelte geschlechtsspezifische Stereotype anzugehen, die das Verständnis der Rolle von Frauen und Männern in der Gesellschaft prägen und das Ungleichgewicht der Geschlechter in puncto bezahlter und unbezahlter Arbeit bedingen“ (Europäische Kommission 2009, 16). Der aktuellste Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa unterstreicht diese Aussagen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise und dem Faktum, dass Fraueneinkommen heute einen wesentlichen Beitrag zum Haushaltseinkommen darstellen (Europäische Kommission 2013). Geschlechtergerechtigkeit korreliert mit dem jeweiligen Grad an Demokratiequalität und viceversa (ebd., 419).

„Im Namen des Vaters“

Die Repräsentation und Partizipation von Frauen in der Politik ist Ausdruck dessen. In Österreich ist der Frauenanteil nach dem höchsten jemals erreichten Stand 2002 von fast 34 Prozent in den nachfolgenden Jahren auf knapp 28 Prozent gesunken (wobei der Frauenanteil innerhalb der Parteien von 50 Prozent bis zu 9,5 Prozent reicht) und stagniert seitdem. Trotz des einhelligen Befundes in einer parlamentarischen Enquete zum Thema „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik!“, dass der derzeitige Frauenanteil im Parlament ein Demokratiedefizit darstelle (Vgl. Stenographisches Protokoll 2009), blieb von der Veranstaltung wenig mehr als zahlreiche Lippenbekenntnisse (z.B.: „Wir brauchen eine geschlechtersensible, moderne Frauenpolitik! Wir brauchen 50 Prozent!“ Schittenhelm, ÖVP). Zu gering ist parteiübergreifend die Bereitschaft ein System einzuführen, das die ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende Repräsentanz von Frauen in der Politik gewährleisten würde.

Aber auch am Beispiel der Reform der Obsorgeregelung in Österreich zeigt sich, wie unter der Überschrift 'Kindeswohl', strukturelle Gleichstellungsfragen ausgeblendet wurden. Die neue Regelung sieht nun vor, dass eine gemeinsame Obsorge des Kindes auch gegen den Willen eines Elternteiles, in den meisten Fällen also gegen den Einspruch der Mutter durchgesetzt werden kann. Ob Väter sich bisher an der gemeinsamen Erziehung beteiligt haben, ob sie im Falle einer Trennung regelmäßig Kontakt hielten und entsprechende Sorgearbeit leisteten, Unterhaltszahlungen entrichteten, Pflegezeiten in Anspruch nahmen, all das ist nachrangig.

„Zum Wohl des Kindes“ sagen sie – „Im Namen des Vaters“ meinen sie“, formulierte es Gabriele Plattner, die Geschäftsführerin des Tiroler Frauenhauses (Plattner, 2012). Das drückt sich auch darin aus, dass die Reform zur Obsorge ohne Reform des Unterhaltsrechts beschlossen wurde. Die Hälfte der Alleinerzieherinnen bekommt keinen (regelmäßigen) Unterhalt oder Unterhaltsvorschuss für ihre Kinder. Kindesunterhaltsfragen und die ökonomische Situation der Alleinerziehenden aus der Diskussion über gemeinsame Obsorge auszuklammern, zeigt von der Schieflage und den Auswirkungen wenn Ungleichheiten vernebelt werden und ist symptomatisch für den wachsenden Einfluss von Antifeminismus auf den öffentlichen Diskurs.

3. Gegen-Öffentlichkeiten und Strategien der Verschränkung

Die antifeministischen Positionen gewinnen an Einfluss und der Feminismus „als politische Bewegung scheint im öffentlichen Diskursfeld wieder marginalisiert“, schreibt Eva Kreisky (2013,

275). Dennoch gibt es Anknüpfungspunkte für gemeinsames feministisches Handeln und für frauenpolitische Bündnisse. Dazu sollen abschließend einige Überlegungen dargelegt werden, ausgehend vom Gender Gap bei den letzten Wahlen in Österreich.

Frauen in Österreich wählen progressiver als Männer, die Themen, Wahlprogramme und Spitzenkandidaten der rechtspopulistischen Parteien sind offensichtlich für Wählerinnen wenig attraktiv. Das hat sich auch am jüngsten Wahlergebnis wieder bestätigt. Mehrheitlich entschieden sich Wählerinnen für Mitte/Links-Parteien und auffallend weniger für rechtspopulistische Parteien (Wahlanalyse Nationalratswahl 2013). Dieser Gender Gap im Wahlverhalten ist nicht neu. Peter Filzmaier stellte in einer Analyse fest: „Wären in Österreich nur Frauen wahlberechtigt, hätten wir fast immer eine Regierung der SPÖ mit den Grünen.“ (Filzmair)

Ob sich Frauen für Mitte/Links Parteien entscheiden, weil in ihren Programmen Frauenrechte und insgesamt feministische Kernthemen angesprochen werden, kann hier nicht fundiert beantwortet werden. Aber es zählt zu den Errungenschaften der Frauenbewegung, dass ihre Forderungen bei den meisten Frauen heute unstrittig sind und große Zustimmung finden. Das Recht auf gleiche und gleichwertige Bezahlung, gleichberechtigte Mitbestimmung, gewaltfreies Leben stehen für die Mehrheit der Frauen ganz oben im Ranking politischer Themen (Frauenbarometer). Es sind auch jene Themen, die Frauen über Milieus hinaus verbinden, weil sie ähnliche Erfahrungen teilen. Demütigung, Diskriminierung und Gewalt als Alltagserfahrung und durch das andere Geschlecht, kennen nur Frauen. Öffentliche Kampagnen oder politische Protestaktionen, die das zum Thema machen, lösen fast immer heftige Diskussionen und Gegenreaktionen aus.

Ein Beispiel dafür aus der jüngsten Zeit ist #aufschrei, die Protestdebatte gegen Alltagssexismus. Im Jänner 2013 veröffentlichte das deutsche Wochenmagazin Stern einen Beitrag der Journalistin Laura Himmelreich über Rainer Brüderle, den Spitzenkandidaten der FDP für die Bundestagswahl 2013, dem sie darin sexistische Äußerungen und Verhalten ihr gegenüber vorwarf. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter nahmen unmittelbar sehr viele Frauen (und auch viele Männer) das Thema auf und berichteten ihrerseits von frauenabwertenden Erlebnissen. Unter dem Hashtag #aufschrei wurde innerhalb weniger Tage eine großflächige gesellschaftliche Diskussion über Sexismus ausgelöst – die sich schnell auch in Österreich ausbreitete. Die Kampagne wurde mit dem Grimme Online Award 2013

ausgezeichnet. Nie zuvor hätte ein Hashtag eine derartige Wirkung erzeugt, begründete die Jury ihre Entscheidung. Innerhalb nur einer Woche rauschten 49.000 Tweets und mindestens 30.000 Retweets durch den Twitterkanal (Wikipedia Eintrag). Die #aufschrei-Aktion hatte ihren Ursprung und ihre Stärke in der digitalen Vernetzung, das ist für die Art und Weise, der öffentlichen Debatte nicht unwesentlich. Die Definitionsmacht, also die Macht zu bestimmen, was ein Gegenstand der Politik und der öffentlichen Diskurse ist und was nicht, hat sich verschoben.

Digitale Bündnisse

Feministinnen im Netz haben über „digitale Bündnisse selbst Bühnen geschaffen“, analysiert Teresa Bücken in ihrem Blogbeitrag die #aufschrei-Debatte (Bücken, 2013). Die digitalen Kommunikationstechnologien ermöglichen mehr Menschen, sich an politischen Aushandlungsprozessen zu beteiligen. #aufschrei ist ein Beispiel, wie feministische Bewegungen sichtbarer, größer und lautstärker werden können. Und es ist beispielhaft dafür, wie öffentliche Diskussionen digital und analog parallel funktionieren bzw. sich wechselseitig intensivieren. „Feministische Netzwerke im Internet speisen sich also von zwei Seiten: Menschen, die über Social Media mit Feministinnen in Berührung kommen, und Feministinnen, die online nach Verbündeten suchen“, so Bücken (ebd.) über das Potential des Netzfeminismus für die Frauenbewegung. Der Netzfeminismus hat neue Orte und Kommunikationsmöglichkeiten, politische Aktionsformen wachsen lassen, die über die Schwelle der knappen Wahrnehmung hinausgewachsen sind. Das beweisen die vielfältigen Vernetzungsinitiativen, feministischen Blogs, Online-Magazine, Youtube-Plattformen, Frauenbarcamps oder andere neue Formen des feministischen Online-Aktivismus. Der Netzfeminismus hat sozusagen festen Grund in der virtuellen Welt erlangt.

Auch wenn das Netz bei weitem noch nicht für alle zum täglichen Kommunikationsmittel geworden und der Zugang nicht barrierefrei ist, das Internet ist die neue digitale Agora - in der auch Feminismus ‚Platz genommen‘ hat. Die ungleiche Verteilung von Ressourcen und digitalen Rahmenbedingungen bestimmen natürlich auch darüber, wer wie viel Platz einnimmt, wem der Zugang verwehrt bleibt und worüber gesprochen wird - und worüber nicht. Partizipation und Exklusion sind auch im digitalen Versammlungs- und Verhandlungsraum bedeutsam.

Genau deswegen können große Schlüsse über neue Frauenbewegungen in und mit dem Netz nicht gezogen werden, weil sich eben nicht alle frauenpolitische Aktivistinnen beteiligen oder alle entsprechend repräsentiert sind. Ulla Wischermann spricht in einer Analyse zu #aufschrei von

feministischer Intervention und dem Nutzen „politischer Gelegenheitsstrukturen“. Sie formuliert aber auch eine Kritik am „Medienfeminismus“, der „weitgehend ohne Bezug zur Frauen- und Geschlechterforschung“ auskomme und die Abgrenzung zum so genannten „alten Feminismus“ suche. (Vgl. Böcker, 2013). Das überrascht nicht, denn das Internet widerspiegelt die analogen Wendungen in der Feminismus-Debatte. Die Bedingungen für feministische Politik sind schwieriger geworden. Darum ist die Einbettung in größere Diskurse der Geschlechterverhältnisse im Netz ebenso mehr oder wenig deutlich, widersprüchlich oder verzerrt, wie außerhalb.

Zusammenspiel und Zusammen-Handeln

Vor diesem Hintergrund ist das Zusammenspiel und Zusammen-Handeln der Aktivistinnen, die Einbettung der Strategien und Forderungen in die herrschaftskritische Analyse der patriarchalen Geschlechter- und Machtverhältnisse so bedeutsam. Sie sind und waren das Rückgrat der politischen Frauenbewegung, die damit Gesellschaft verändert, im übertragenen Sinn Türen aufgestoßen, Fenster geöffnet, durchgelüftet und Mauern durchbrochen hat. Die Stärke der Frauenbewegung in Österreich lag ganz zentral in diesem Bindeglied zwischen offizieller Frauenpolitik und autonomen Frauennetzwerken und in einer aktiven und aktivierenden öffentlichen Debatte. Johanna Dohnal, die ehemalige SPÖ-Frauenministerin und Doyenne der österreichischen Frauenpolitik, setzte darum in entscheidenden Phasen auf breite frauenpolitische Bündnisse, etwa bei der Durchsetzung der Fristenregelung 1975 oder beim ersten Gleichbehandlungspaket 1992.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Österreich wurde zum großen Erfolg der österreichischen Frauenbewegung. Der Gesetzesbeschluss gelang, weil Sozialdemokratinnen gemeinsam mit Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung massenhaft zu Demonstrationen und öffentlichen Protestveranstaltungen mobilisierten. Die SPÖ-Frauenorganisation organisierte mit dem Druck von der Straße den notwendigen Meinungsumschwung innerhalb der männlichen Parteiführung (Mesner, 1993, 448ff).

Neben dieser breiten und öffentlichen Bündnisarbeit, war auch die Einbettung frauenpolitischer Themen in größere strukturelle Zusammenhänge wesentlich, wofür der Beschluss des Gleichbehandlungspaketes 1992 exemplarisch steht. Damals wurde unter diesem Namen ein umfassender arbeits- und sozialrechtlicher Maßnahmenkatalog im Parlament verabschiedet (Mairhuber, 1999, 35-47). Die strukturelle Diskriminierung (wie der Zusammenhang von

Mutterschaft, Teilzeitarbeit und Altersarmut) wurde erstmals ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt und zum Thema gemacht. Hintergrund war ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes zur Aufhebung des unterschiedlichen Pensionsantrittsalters. Der Protest der Frauen war groß, vor allem, weil das Urteil die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern außer Acht ließ. Johanna Dohnal und die damalige ÖGB-Vizepräsidentin Irmgard Schmidleithner schnürten deswegen gemeinsam mit den Frauen aller parlamentarischen Parteien (außer jener aus der FPÖ) ein weitreichendes Forderungspaket. Mit dabei waren auch engagierte Frauen aus kirchlichen Verbänden. Eine zentrale Botschaft war damit verbunden: Erst wenn Frauen wirklich gleiche Lebensbedingungen vorfinden und die vorgeschlagenen Reformen umgesetzt sind, kann es ein gleiches Pensionsalter geben. Am Ende mussten Abstriche gemacht werden, aber der Beschluss des Gleichbehandlungspaketes war ein Erfolg und er machte die Notwendigkeit der eigenständigen Existenzsicherung für Frauen einer breiten Öffentlichkeit klar. Das gelang, weil sich Frauen über die Parteigrenzen hinweg für eine ungewöhnliche, aber sehr wirksame Bündnisarbeit entschieden. Ein Urteil gegen Frauen wurde so zu einem Reformschritt für Frauen gewendet.

Diese Bündnisstrategie kann auch heute Schablone für gemeinsames feministisches Engagement sein. Eine Themenliste feministischer Bündnisprojekte wäre schnell erstellt:

- Das Gleichbehandlungspaket ist umgesetzt. Verbindliche Normen für Entgeltgleichheit, ein Gesetz, das verpflichtend die Durchsetzung von Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträgen auf Diskriminierung vorsieht, gibt es nicht.
- Der Schwangerschaftsabbruch ist möglich, aber nicht in jedem Bundesland und ursprünglich gefordert war die Kostenfreiheit – zu Recht.
- Das Gewaltschutzgesetz wurde erkämpft – aber von einer ausreichenden Versorgung mit Frauenhäusern ist Österreich weit entfernt. Der Ausbau von Frauenberatungseinrichtungen insgesamt ist ins Stocken geraten.
- Die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Pensionen sind enorm und durch die Reformen aus 2003 droht eine Verschärfung der weiblichen Altersarmut.

Im Zusammenspiel zwischen Netzfeminismus und 'analoger' Frauenbewegung kann eine Bewegung gegen die Marginalisierung der Geschlechterfrage wachsen. Im Web 2.0 können feministische Diskurse, Aktionen, Netzwerke und Forschungen verknüpft und verstärkt werden. Herrschaftskritisches Wissen online teilen und tausendfach verbreiten, im Austausch neue

Erkenntnisse entwickeln und vervielfachen ist gleichsam eine digitale Sauerstoffzufuhr für die Belebung frauenpolitischer Gegen-Öffentlichkeit. Das kann - gemeinsam mit breiter Bündnisarbeit - Bewegungen politisieren. Denn die „Hegemonie des patriarchalen Denkens (...) ist nicht begründet in dessen Überlegenheit nach Inhalt, Form oder Wirkung gegenüber allem andren Denken; diese Hegemonie beruht darauf, dass alle anderen Stimmen zum Schweigen gebracht worden sind – das Abweichende (Frauen, ethnische Minderheiten, Andersgläubige) musste entmutigt, lächerlich gemacht und zum Schweigen gebracht werden.“ (Lerner, 1993, 333).

So gesehen kann ein Bündnis aus Netzfeminismus, 'altbewährter' Frauenbewegung und offizieller Frauenpolitik weit hörbar die Stimme erheben, ermutigen, Themen setzen und neue Debatten entfachen. In dieser Verschränkung und Verstärkung bekäme dann das alte Lied der Frauenbewegung einen neuen doppelten Sinn: *'Wenn wir zusammen gehen kommt mit uns ein besserer Tag'*

Literatur

- Aufruf (2013). Initiative feministischer Wissenschaftlerinnen - "Für eine soziale, geschlechtergerechte und offene Gesellschaft. https://www2.gender.hu-berlin.de/ztg-blog/wp-content/uploads/2013/10/Aufruf-Feministischer-Wissenschaftlerinnen_-2.pdf [7.10.13].
- Bauer-Jelinek, Christine (2012). Der Falsche Feind. Schuld sind nicht die Männer, Salzburg.
- BMSG (2003). Geschlechtertheorie, Wien.
- BMSGK (2006). 1. Österreichischer Männerbericht, Wien.
- Bücken, Teresa (2013). Aufbruch ins Netz, blogbeitrag über #aufschrei. <http://flannelapparel.blogspot.de/2013/07/aufbruch-ins-netz.html> [1.10.13].
- Dölling, Irene (2008). „Eva-Prinzip“? „Neuer Feminismus“? Aktuelle Verschiebungen in Geschlechterbildern im Kontext gesellschaftlicher Umbruchsprozesse. In: Marburger Gender-Kolleg (Hg.): Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Interventionen, Münster, 24-41.
- Dorn, Thea (2007a). Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird, München.
- Dorn, Thea (2007b). Die bewegte Frau. Feminismus. Emanzipation ist keine Frage des Geschlechts. Sie ist eine Frage der Einstellung. In: Das Parlament, Ausgabe 7, 12.02.2007, <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/07/titelseite/13839108.html> [27.02.2009].
- Europäische Kommission (2009). Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- European Commission (2013). Report on progress on equality between women and men in 2012.
- Filzmaier, Peter. Wahlen in der modernen Gesellschaft. Frau gegen Mann im politischen Wettbewerb. http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/upgrade/filzmeier_16_19.pdf [1.01.13].
- Frauenbarometer 2012, Vierteljährliche Befragung des Bundesministeriums für Frauen und Öffentlicher Dienst, verfügbar unter: http://www.esf.at/esf/wp-content/uploads/frauenbarometer_022012.pdf [Datum des Zugriffs: 1.10.13].
- Freudenschuss, Ina (2011). „Junge Generation nach dem Geschmack der ÖVP. <http://diestandard.at/1304552624203/Jugendmonitor-Studie-Junge-Generation-nach-dem-Geschmack-der-OeVP>, [10.10. 2013]

- Geden, Oliver (2006). Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gstrein, Michaela/ Liliana Mateeva/Karin Schönpflug (2013). Bericht betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen, Berichtszeitraum 2011 – 2012, Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich (Hg.).
- Hollstein, Walter (2011). Der entwertete Mann. In: Matthias Franz / André Karger (Hg.), Neue Männer – muss das sein? Risiken und Perspektiven heutiger Männerrollen. Göttingen, 35-54.
- Klaus, Elisabeth (2008). Antifeminismus und Elitenfeminismus. Eine Intervention. In: Feministische Studien, Jg. 26, H 2, 176-186.
- Koch-Mehrin, Silvana (2007). Schwestern. Streitschrift für einen neuen Feminismus, Berlin.
- Kreisky, Eva (2013). Vom goldenen Zeitalter der Frauenpolitik. In: Maria Mesner, Heidi Niederkofler, Hg., Johanna Dohnal. Eine politisches Lesebuch, Wien 2013, 268-279, 275.
- Kreisky, Eva/ Marion Löffler (2010). „Frauenpolitische Perspektiven für Österreich: Demokratiezugewinn oder Entdemokratisierung?“ In: Frauenbericht 2010, Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008, Bundeskanzleramt Österreich.
- Lerner, Gerda (1993). Entstehung des feministischen Bewusstseins. Frankfurt.
- Mairhuber, Ingrid (1999). Geschlechterpolitik im Sozialstaat Österreich seit Anfang der 80er Jahre. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1/1999, S. 35-47. http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/mairhuber_geschlechterpolitik.pdf [7.10.13].
- Malleier, Elisabeth (2003). Der „Bund für Männerrechte“. Die Bewegung der „Männerrechtler“ im Wien der Zwischenkriegszeit. Wiener Geschichtsblätter, Heft 3, 208–233.
- Mayrhofer, Monika (2006). „Was Männer bewegt“ – Neokonservative Männlichkeitspolitik in Österreich im Kontext der Einrichtung der Männerpolitischen Grundsatzabteilung. Feministische Studien 2, 278-289.
- McRobbie, Angela (2010). Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden.
- Mesner, Maria (1993). Vom §144 zum §97. Eine Reform mit Hindernissen. In: Beharrlichkeit, Anpassung und Widerstand, Die Sozialdemokratische Frauenorganisation und ausgewählte Bereiche sozialdemokratischer Frauenpolitik 1945-1990. Wien.
- Österreichischer Rechnungshof (2012). Einkommensbericht.

- Plattner, Gabriele (2012). „Zum Wohl des Kindes“ sagen sie „Im Namen des Vaters“ meinen sie“. <http://www.aep.at/heft/stories/220> <http://www.aep.at/heft/stories/220> [22.09.13].
- SORA/ISA (2013). Wahlanalyse Nationalratswahl 2013, SORA/ISA im Auftrag des ORF. <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw13.html> [30.09.13].
- Stiegler, Barbara (2008). Konferenzbeitrag: „Frauenfragen sind Männerfragen sind Geschlechterfragen?“. Bonn.
- Weiss, Alexandra (2013). „Geschlechterkampf“ – Inszenierungen von Frauenmacht und Männerleid. In: Birgit Riegraf / Heike Kahlert / Brigitte Liebig / Martina Peitz / Hanna Hacker / Rosa Reitsamer (Hg.). Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Wetterer, Angelika (2003). Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Gudrun-Axeli Knapp und Angelika Wetterer (Hg.), Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster, 286-319.
- Wikipedia Eintrag: <http://de.wikipedia.org/wiki/Aufschrei> [2.10.13].
- Wrussnig, Kerstin (2009). „Wollen Sie ein Mann sein oder ein Weiberknecht?“ Zur Männerrechtsbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit (Dipl.).

^[1] Christine Bauer-Jelinek hat dem mit ihrem Buch „Der falsche Fein. Schuld sind nicht die Männer“ 2012 ihre eigene Variante von weiblichem Antifeminismus hinzugefügt. Es handelt sich um eine individualpsychologische Sicht auf Geschlechterverhältnisse, die sie mit einer Reihe von sexistischen Allgemeinplätzen über Frauen unterlegt: „Ein erstes Date, bei dem die Rechnung geteilt wird, hat wenig Chancen auf Erfolg“ (S.40), meint die Autorin und bringt das auf die kurze Formel: „Fleisch für Sex“ (S. 41). Damit sei der Ausgleich für die „offiziell unbezahlte Familienarbeit und die emotionell-sexuelle Zuwendung der Frauen“ (S. 41) gegeben. Darüber hinaus habe, wie die Autorin im Klappentext wissen lässt, die „zwanghafte Gleichverteilung“ der Arbeit „Kinder und Alte in Betreuungseinrichtungen“ gezwungen.